

Wahl-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Wahl-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.60 Reichsmark, durch Postgebühren ohne Belegbriefen 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluss für Inserat-Nachnahme: zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kleinanzeigen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Reichspräsident v. Hindenburg reist am 11. August, abends gegen 11 Uhr, nach München ab. Dort findet ihm zu Ehren am 12. August ein großer Empfang durch die bayerische Regierung und die Münchner Behörden statt. Es ist der erste Besuch, den der Reichspräsident einem deutschen Lande abstatet.

Der Reichsfiskusler Dr. Luther hatte die Absicht, sich zu dem Wehrkraftentzug nach Stockholm zu begeben und hat auch sein Interesse dafür bekundet. Es ist aber noch fraglich, ob er bei der Entwidlung der politischen Fragen in der Lage sein wird, seine Abreise auszuführen.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht gestern in großer Aufmachung angebliche „Enthüllung“ über Unmishandlung der Staatsanwaltschaft in der Barmataffäre, die auch starke Angriffe gegen deutsche nationale Parteimitglieder und Abgeordnete enthielt. Die deutsche nationale Partei leitet sich darauf mit, daß sie nun hoffe, der Vorwurf des „Vorwärts“ werde dazu führen, daß endlich die von den Deutschen nationalisten längst geforderte volle amtliche Aufklärung der Barmataffäre erfolge.

Die badische Regierung hat dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes über die Ausbildung der Volksschullehrer vorgelegt. Danach findet die Allgemeingehilfen für den Lehrberuf mit der Hochschulreife ihren Abschluss. Seine besondere Ausbildung erhält der Lehrer auf der Universität und auf der in Verbindung mit dieser stehenden Lehrerbildungsanstalt. Die Dauer dieser Ausbildung soll vier Semester betragen.

In einer kleinen Anfrage erfuhr die deutsche nationale Fraktion des Preussischen Landtages am 24. August, welche Eiderungen getroffen sind, daß die Klümmung des Eintragsgebietes und der Brückenköpfe Duisburg und Düsseldorf nicht zu stärkeren Regelungen des abgetragenen Gebietes führen.

Das von den Besatzungsstruppen zur Hälfte beschlagnahmte und in Anspruch genommene Düsseldorfiger Regierungsgebäude ist nunmehr wieder völlig freigegeben, jedoch die inneren zum Teil untergebrachten Regierungsabteilungen dort wieder untergebracht werden können.

Wegen Zugehörigkeit zu der im besetzten Gebiet verbotenen Organisation „Mittig“, Ortsgruppe Mannheim, sind auf Veranlassung der Besatzungsbehörde drei junge Leute aus Schwabingen, verhaftet und in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden. Es werden sich demnächst vor dem französischen Kriegsgericht zu verantworten haben.

Die Besatzungsbehörde in Köln verbot für das besetzte Gebiet eine Flugfahrt der Zentralfeste zur Förderung der Volkshilfe, Jugendpflege im Volkshaus, desgleichen die Wochenfahrt „Stahlhelm“.

Neuer erfuhr, daß die britischen und die französischen Finanzbehörden gestern vormittag im britischen Schloß zusammengekommen sind. Die Besprechungen dauerten nur eine halbe Stunde, da die britischen Vertreter durch die industrielle Krise in Anspruch genommen waren. Die Besprechungen werden heute normiert wieder aufgenommen werden.

Nach einer Meldung der Pariser „Informations“ aus Washington wird die amerikanische Außenunternehmenskommission am 8. August eine Sitzung abhalten und folglich mit der britischen Kommission die Prüfung der belgischen Schuldenregelung beginnen, woran sich die italienische und der lettischen Schulden anschließende dürfte.

In Portugal bauen in Meer und Flotte die Portugiesen monarchistisch eingestellter Offiziere an. Neben der monarchistischen Bewegung, die die salisatorische Diktatur anstrebt, gehen kommunistische Tendenzen in der Flotte einher. Oporto hatte am Sonnabend einen regelrechten Matrosenrevolte, den die Besatzung von 3 Kriegsschiffen gebildet hatten, der aber von der Regierung außer Acht gelassen wurde, ohne daß es zu Blutergüssen kam.

Keine Reichstagsferien!

Erst muß die Zollvorlage erledigt werden.

Der Vorkonferenzrat des Reichstags trat am Dienstag mittag zu einer längeren Sitzung zusammen, um sich mit dem Arbeitsplan zu beschäftigen.

Im Prinzip kam eine Einigung dahin zu Stande, daß die Zollvorlage noch in diesem Tagungssitzung im Anblich auf die Steuervorlagen erledigt werden soll. Zu diesem Zwecke sollen die Plenarsitzungen länger ausgedehnt und die Redezeit verkürzt werden.

Bis zu welchem Zeitpunkt dann der gesamte Beratungsstoff erledigt werden kann, steht noch nicht fest. Zur Klärung dieser Frage trat sofort ein Uterauschluß des Vorkonferenzrats zusammen.

In diesem Uterauschluß verlangte keine einzige Partei, daß die Erledigung der Zoll-

vorlage auf den Herbst verschoben werde. Die Rechtsparteien befanden die Absicht, alle noch ausstehenden Gegenstände in diesem Tagungssitzung zu erledigen, während die Sozialdemokraten und Kommunisten sich bereit erklärten, im Interesse einer ordnungsmäßigen Erledigung aller Gesetze auch bis zum Oktober durchzuhalten.

Für eine Anzahl der Steuergesetze soll bei der Generaldebatte eine einstündige Redezeit bestimmt werden und in der Spezialdebatte, die in immer eine Anzahl von Paragraphen zusammengefaßt werden sollen, eine Redezeit von 20 Minuten. Nur bei den Lohnsteuererträgen soll die Redezeit für die Einzelberatung auf eine halbe Stunde ausgedehnt werden. — Bei der Wichtigkeit der Lohnsteuerfrage für die Millionen Arbeiterfamilien ist diese Sonderbehandlung durchaus gerechtfertigt.

Staatsausgaben sinkt und jetzt. Wie hoch sind die Daweslasten?

Im Haushaltsauschluß des Reichstags am 28. Juli Dr. Lohmann (Dnt.) eine Rede über den Etat im Vergleich zu den entsprechenden Zahlen des Jahres 1913.

Der Reichsbedarf der allgemeinen Reichsverwaltung belief sich 1913 auf insgesamt 2700 Millionen Mark, im Jahre 1925 auf 3100 Millionen Mark. Es zeigte sich also gegenüber 1913 ein Mehr von 400 Millionen Mark. — In der Zeit während der letzten vier Jahre betrug die Ausgabe für die Landesverwaltung (auf 17 Milliarden weniger) ergab. Der eigentliche Staatsbedarf der Länder betrug jetzt 3 Milliarden, während er 1913 2 Milliarden Mark betragen habe. Es zeigte sich also ein Mehr von einer Milliarde.

Hieron behielten die Länder ungefähr ein Drittel, während sie an die Gemeinden fast zwei Drittel weiter überwießen. Diese Verdrängung zeigt, daß der Schwerpunkt der Sparaktion, vor der der Reichstag im nächsten Jahre stehen werden, im wesentlichen bei den Gemeinden werden liegen müssen.

Für die Dawesrückzahlung werden im Jahre 1926 aufgebracht werden müssen 495 Millionen, im Jahre 1927 675 Millionen, 1928 1230 Millionen; zum Jahre 1929 ab werden es jedoch 1540 Millionen sein.

Sierzu treten noch die Garantie des Reiches für die Eisenbahnrückstände, die leider keineswegs lediglich auf dem Papier stehen. Der Vorkonferenzrat hat die Beschlüsse des Reiches mit den Dawesrückstellungen keineswegs erschöpft. Er erinnert an die Kosten des sogenannten Ausleihungsverfahrens, an die Zuzugnahme aus dem Ausland der Ruhrrenten, an die Aufwendungen für Gewerkschaften und Gewerkschaften, für Verdrängungsarbeiten, Besatzungszulagen und die hohen inneren Besatzungskosten. Diese Lasten machen in den beiden Jahren 1924 und 1925 über eine Milliarde Mark aus.

Die Etats der allgemeinen Finanzverwaltung für die Rechnungsjahre 1924 und 1925 werden demnächst. Es folgte die Beratung der Haushaltsgesetze 1924 und 1925, über die Abg. Stauden (Soz.) als Berichterstatter referierte.

Um die Beamtengehälter.

Angekommen wurden verschiedene Ergänzungen, die im Sparauschluß ausgearbeitet hat und die in das Haushaltsgesetz eingefügt werden sollen.

Zur Einstellung von Beamten

und Beamtenanwärtern in den Reichsdienst bedarf es der vorherigen Zustimmung des Reichsfinanzministers. Bei Einstellungen in erster Reihe Besatzungsbeamter, Schwerbeschädigte, sowie nach Möglichkeit leistungsfähige entlassene, oder in den einflussreichen Aufstellung verleierte oder in Arbeitsverhältnis überführte Beamte heranzuziehen. Abg. Steinhoff (Soz.) beantragte, daß den Reichsbeamten der Besatzungsgruppen I bis VII zur Ausgleichung der Teuerungserhältnisse ein Zuschlag zum Grundgehalt in Höhe von 20 Prozent anfallt von nur 12½ Prozent geändert werde, oder, falls dem nicht zugestimmt werden sollte, daß den Beamten in den besetzten Gruppen eine einmalige Zulage von 100 Mark gewährt werden soll.

Ministerialdirektor Rothholz vom Reichsfinanzministerium hielt die finanziellen Auswirkungen, die sich aus diesem Antrag ergeben, angelehnt der derzeitigen Lage der Reichsfinanzen für untragbar. Die Reichsregierung anordnete die

wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Beamtenchaft und werde, sobald es die Verhältnisse zulassen, dem Reichstag erneute Vor schläge machen. Dieraus vertagte sich der Ausschluß.

Vieh-, Fleisch und Fettölle.

Gefrierfleisch für Minderbemittelte.

Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstags beschloß am Dienstag in der Weiterberatung der Antragvorlage die Besetzung von Fleisch, Fett und Getreide, ferner die Besetzung von Vieh, Schweinefleisch, Gefrierfleisch für Vieh. Die Besetzung von Gefrierfleisch für Vieh, die Besetzung von Gefrierfleisch für Menschen, ist im Interesse der Miltieren und kleineren Betriebe zu handhaben, wenn sie Vieh und Viehprodukten einen besonderen Schutz gewähren und dabei gleich für eine auch im Interesse der Konsumenten liegenden Produktionssteigerung wirken.

Abg. Reine (Soz.) begründete einen Antrag, der Gefrierfleisch im Rahmen eines Mindesteinfuhrkontingents von 90 000 Tonnen zollfrei lassen will. Die Gemeinden sollen die Verteilung des Gefrierfleisches zum Selbstkostenpreise oder mit einem mäßigen Aufschlag vornehmen, und zwar nicht nur, wie der Antragsteller antrug, an Minderbemittelte. Das Mindesteinfuhrkontingent soll im Bedarfsfalle entsprechend erhöht werden.

Abg. Frau Kemih (Soz.) beantragt Zollfreiheit für Geflügel.

Abg. Hamens (Dtp.) erklärt, er habe selbst erst jetzt für erstklassiges Schlachtwiech nur 41 Pf. pro Pfund Lebendgewicht bekommen. (Zuruf der Frau Reize (Soz.): „Wir müssen aber über 2 Mark für 1 Pfund Fleisch bezahlen!“ Das ist es ja eben. Wir werden alles tun, was möglich ist, um diese Preispannung zu beseitigen.

Reichslandwirtschaftsminister Graf Kaniz erklärt: Die Reichsregierung hat die Absicht, schon in den nächsten Tagen wegen der Gefrierfleischteilung an Minderbemittelte mit den Ländern und dem Städtetag in Verbindung zu treten.

Nach einem Zusatzantrag, den die Kompromissparteien inwischen eingebracht haben, soll ja außerdem die Möglichkeit geschaffen werden, den legalen, anfänglichen Handel und das Gewerbe zur Verteilung des Gefrierfleisches heranzuziehen. — Die weitere Einzelberatung und die Abstimmungen wurden auf Mittwoch vertagt.

Für Verringerung der Preispanne bei Fleisch und Fleischwaren.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Preisrichtungsstelle für Berlin und die Provinz Brandenburg hat der Berliner Polizeipräsident eine Konferenz aus Vertretern der Landwirtschaft, des Viehhandels und des Fleischgewerbes einberufen, um über eine Verringerung der Preispanne bei Fleisch und Fleischwaren zu verhandeln. Die Besprechung soll den Zweck haben, eine möglichst genaue Klärung über die bauenden Steigerungen der Fleischpreise zu erlangen.

Für die Landwirtschaft werden die preussische Landwirtschaftskammer, für die Viehhändler u. a. der Bund der Viehhändler Deutschlands, die pommerische und die ostpreussische Viehwirtschafts- u. m. b. S. und für die Fleischler der Interessensverband der Großschlächtereie u. m. vertreten sein.

Der Kampf um den Frieden.

Berlin, 28. Juli.

Die Vorgänge im Reichstag, der volle Kampf zwischen Regierung und den nach Frieden sich sehenden Volksvertretern, tritt an Wichtigkeit und Bedeutung weit zurück, denn in immer näher rücken außerpolitischen Entscheidungen.

Die klare Haltung der gestrigen Hanasnote läßt keinen Zweifel mehr, daß die französische Antwort an Deutschland bevorsteht, daß sie aber von uns neue Vorbereitungen verlangen wird. Eine klare Fortentwicklung der Streikemassiven Verhandlungslinie kommt hierauf wohl kaum mehr in Betracht, wenigstens nicht in gerade Linie. Es müßten denn in Paris starke Widersprüche hinnegekommen werden.

Die pessimistische Hanasnote findet eine weitere Unterstreichung in den Berichten des „Matin“. Hierin wird Frankreich bald, sehr bald antworten und auch den Meinungsaustrausch mit Deutschland fortsetzen, zuerst müße aber eine gründliche Verifizierung der deutschen Aufstellung erfolgen, bevor sich Frankreich an einen Verhandlungstisch setzen könne.

Für die Stichentscheid der Pariser Redaktionen ist um so weniger Zweifel berechtigt, als dieselben Quellen immer in der Sicherheitsfrage vorzüglich und richtig unterrichtet waren und auch immer wesentlich früher als die deutsche Presse, der nicht einmal eine Nachprüfung der Auslandsmeldungen hier möglich ist.

Daß die französische Antwort in Uebereinstimmung mit England erfolgen wird, will nichts sagen, denn bisher hat immer der härtere französische Standpunkt gegolten.

Für die schnelle Klärung des Ruhrrentens müßte Frankreich die Angleichung durch die Fäden in dem Brückenbau möglichst am Sonntag.

Der Kampf hat also erst begonnen.

Ein „Umgeißel“ wird die Reichsregierung aus ihrer Form, die die Silberfäden der Verhandlung abreißen soll.

Die Herren Luther und Stresemann haben während der gestrigen Reichstagsitzung mehrfach zu Abgeordneten des besetzten Gebietes über die Klärungssfrage gesprochen und die Erledigung der Entnahmungsbedingungen in einem Sinne zugelassen, der die organische Fortentwicklung der Klärung aus für das abgetragene Gebiet verhängen soll.

Ein der bisher geräumten Ruhrzone sind vereinzelte französische und belgische Polizeibeamte zurückgelassen — wie man wohl hoffen muß, nur vorübergehend.

Daß aber die im Ruhrreviere vertriebenen Deutschen, soweit sie nicht schon im abgetragenen Gebiet sich befinden, nach den Gefängnissen der alten Besatzungszone mitgenommen werden, wird übereinstimmend berichtet. Denn sowohl hierüber wie auch über die Einstellung der noch schwebenden Verfahren gegen Ruhrdeutsche durch die französische und belgischen Kriegsgerichte hat die Reichsregierung in Paris und Brüssel gehern intervenieren lassen.

Die politische Regierung hat den Wunsch ausgesprochen, am 16. September in neue Handelsvertragsverhandlungen einzutreten. Der deutsche Botschaftsminister antwortete, daß Deutschland zur Wiederannahme der Verhandlungen bereit ist, aber neue Vor schläge der Polen erarte. Gerüchte, welche verlauten, daß Deutschland innerleits neue Vor schläge und Zugeständnisse, wenn auch geringfügiger Art, gemacht habe.

In Polen werden vom 11. bis 20. August groß. Kanner stattfinden. Die Kandidaten, sowie Frankreich, Belgien, England, Italien, die Staaten der kleinen Entente, Spanien, Portugal und die Türkei werden auf Einladung des polnischen Kriegsministers Sikorski Generalstabsoffiziere als Beobachter entsenden.

